



## Die sozialistische Einigung.

Die Wiedervereinigung der Mehrheit sozialistische mit den Unabhängigen, die bereits auf den beiden Parteitagen in Augsburg und Gera beschlossen worden ist, hat in der ersten gemeinsamen Tagung in Nürnberg ihre Krönung gefunden. Nach jahrelangen Bruderkämpfen haben sich die beiden sozialistischen Parteien in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wieder zusammen geschlossen. Damit ist ein Streit begraben, der seit dem Kriege die bis dahin geschlossene Front in zwei Lager spaltete. Die Gründe der Spaltung, Bewilligung oder Ablehnung der Kriegskredite, sind bekannt. Unter Hauses Führung bildete sich damals — im März 1916 — die „Arbeitsgemeinschaft“, die sich später „Unabhängige Sozialdemokratie“ nannte. Das Verhältnis der bei den sozialdemokratischen Parteien verschärfte sich immer mehr. Eine Aenderung trat vorübergehend in Beginn der Revolution ein. Haase trat mit in die Regierung der 6. Volksbeauftragten ein, doch während die Zusammenarbeit nicht lange. Am Ende der Berliner Dezemberirren brach die Revolutionsregierung zusammen. In den Nachkriegsjahren nahm die Spaltung an Schärfe und Umfang zu. Neue Abstimmungen ins kommunistische Lager folgten der ersten Zerreißung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Erst in den letzten Monaten unter dem Eindruck des Athenauards machten sich Bestrebungen für eine Wiedervereinigung der beiden Parteien bemerkbar. In den sozialistischen Wählermassen erstickte immer mehr der Wille zur Wiedervereinigung, zumal da der unmittelbare Anlaß, der zur Spaltung geführt hatte, die Frage der Kriegskredite, längst nicht mehr in Frage kam. Diefem Verlangen mußten schließlich auch die Führer nachgeben, insbesondere die Unabhängigen, die an sich schon im Laufe der Zeit wieder bedeutende Wählermassen an die starke Mehrheitssozialdemokratie verloren hatten. Das Abströmen ihrer Gefolgschaft ins mehrheitssozialdemokratische Lager hat dann wohl auch die Führer der U. S. P. veranlaßt, fast bedingungslos zu den Mehrheitssozialisten zurückzufallen.

Für die S. P. D. bedeutet die Wiedervereinigung mit der Bruderpartei einen nicht zu unterschätzenden Machtwuchts. Während die U. S. P. ihre Selbstständigkeit preisgegeben hat, haben die Mehrheitssozialisten lediglich einige taktische und organisatorische Zugeständnisse gemacht und schließlich nicht vielmehr geopfert als ihren Namen.

Der Machtwuchs der S. P. D. zeigt sich am deutlichsten in der Vermehrung der sozialistischen Sitze im Reichstag. Dort wird die Sozialdemokratie in Zukunft über 180 Abgeordnete verfügen, denen kaum 120 Mandate der bisherigen Koalitionsparteien gegenüberstehen. Welche Rückwirkung diese Kräfteverschiebung mit sich bringen wird, kann man heute noch nicht überblicken. Vor Abschluß der Sommertagung war sehr viel die Rede von einer Verbreiterung der Regierungskoalition. Es würde daher im Bereich der Möglichkeit liegen, wenn das augenblickliche Gewicht der Sozialisten in der Regierungskoalition durch eine Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Front der Regierungsparteien ausgleichen würde. Es bleibt nach dieser Richtung hin bemerkenswert, daß ein Antrag, der eine Koalition der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei verbieten wollte, in Augsburg abgelehnt worden ist und daß selbst in Gera eine Resolution, die die Befürchtung der bisherigen Koalitionspolitik der S. P. D. aussprach, zurückgezogen und als persönliche Bemerkung dem Protokoll einverlebt wurde. Die Wahrscheinlichkeit besteht also, daß auf der Basis einer Erweiterung der Regierungskoalition durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei das Gleichgewicht zwischen sozialistischen und bürgerlichen Regierungsparteien wiederhergestellt werden kann.

## Die Einladung an Kemal.

Englische Zugeständnisse an die Türkei  
Die Pariser Orientkonferenz hat ihre Beratungen damit abgeschlossen, daß an die Regierung in Angora eine Note gerichtet wurde, in der die Türken eingeladen werden, an einer Friedenskonferenz teilzunehmen, an welcher auch die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens, Rumäniens, Jugoslawiens, Jordans und Griechenlands teilnehmen sollen, um den Abschluß eines Friedens zwischen den Türken Griechen und den anderen Alliierten herbeizuführen.

Dann heißt es in der Note:  
„Die Alliierten benutzen diese Gelegenheit, um zu erklären, daß sie mit Genugtuung davon Kenntnis genommen haben, daß die Türkei den Wunsch habe, Thrakien bis zur Maritsa und Adrianopel wieder zu erwerben. Unter der Bedingung, daß die Angora-Regierung ihre Truppen im Verlauf der Friedensverhandlungen nicht in die Zone einmarschiere läßt, die von den Alliierten als provisorisch neutral erklärt worden ist, werden die drei Regierungen gern den Wunsch der Türkei nach oben genannten Grenzen unterstützen.“

Die Note enthält dann weiter Mitteilungen, daß in dem neuen Friedensvertrag gemeinschaftlich Maßnahmen ergriffen werden sollen zur Wahrung des Interesses der Türkei und ihrer Nachbarn.

### Negligierung der neutralen Zone.

Die Alliierten erklären ferner, daß sie gern die Zulassung der Türkei zum Völkerbund unterstützen werden, und erneuern ihre bereits im März ds. J. gegebene Zusicherung, daß die alliierten Truppen aus Konstantinopel zurückgezogen werden, sobald der Friedensvertrag in Kraft tritt. Die drei alliierten Regierungen wollen ihren Einfluß ausüben, um vor der Gründung der Friedenskonferenz den Rückzug der griechischen Streitkräfte auf eine Linie durchzusehen, die durch die alliierten Generale im Einverständnis mit den griechischen und türkischen Militärbehörden festgesetzt werden wird. Vergeltung für diese Vermittlung soll die Regierung von Angora sich verpflichten, wobei vor noch während der Friedenskonferenz Truppen in die Zonen zu senden, die vorläufig für neutral erklärt worden sind und weder die Balkanseen noch das Marmarameer zu überschreiten. Um die Linie, von der oben die Rede ist, zu bestimmen, wird eine sofortige Zusammen-

rung zwischen Mustapha Kemal und den alliierten Generälen in Mudania oder Izmid vorbereitet.

Poincaré hat die gemeinschaftliche Note der Alliierten sofort der Regierung von Angora übermitteln lassen und gleichzeitig durch Vermittlung der alliierten Kommissare in Konstantinopel der Hohen Pforte zur Kenntnis gebracht. Außerdem wird die Note durch die französischen Vertreter in Belgrad, Bukarest und Tokio übergeben werden und auch in Athen wird sie überreicht werden. Die französische Regierung hat ferner ein Funkentelegramm an Kemal-Pasha in Smyrna gesandt, er möge, bevor er irgendwelche Schritte unternehme, die Ankunft des französischen Delegierten Franklin-Bouillon erwarten.

### Lloyd Georges Meeregenprogramm.

Zu gleicher Zeit mit der Veröffentlichung der Note an Kemal hat Lloyd George noch einmal die Standpunkt der englischen Regierung in der Meerengfrage ausführlich dargelegt. In einer Unterredung mit Pressevertretern bezeichnete er es im Interesse des Weltfriedens als dringend notwendig, eine Klarheit über die Meerengenfrage in der Zukunft zu schaffen. Wenn der Friede unterzeichnet würde, ohne die Freiheit der Meerengen zu erreichen, so könnte es einer Niederlage in diesem Teil der Welt gleichstehen. Es sei der Ansicht, daß es von Bedeutung im Interesse des europäischen Friedens sei, daß der Krieg in Kleinasien nicht nach Europa übergreife. England habe alle nötigen Schritte unternommen, um seine Stellung an den Dardanellen zu behaupten und das Ziel zu erreichen, das es sich gesteckt habe. Ich wiederhole, so führte Lloyd George aus, daß Tschakanal gehalten werden müßte. Die englische Politik fordert, daß die Freiheit der Durchfahrt an den Meerengen vom Völkerbund geregelt werden soll. Im Interesse der ganzen Welt sei es von entscheidender Bedeutung, daß diese außerordentlich wichtige Meerenge unter der Aufsicht des Völkerbundes offen bleibe.

## Der erste Grenzüberschreitungen.

Die Türken in die neutrale Zone eingedrungen.

Während die Pariser Orientkonferenz soeben eine gütliche Lösung des Orientkonfliktes gefunden zu haben glaubt, indem sie die Türken gegen die Zuzicherung Thrakiens zur Besetzung der neutralen Zone zu bewegen sucht, hat sich bereits der erste englisch-türkische Zwischenfall ereignet.

Reuter meldet aus Konstantinopel, daß türkische Kavallerie in der Nähe von Tschakanal in die neutrale Zone eingedrungen ist. Das Eindringen der Kemalisten erfolgte bei dem Dorf Grenzau in Kanonenabschusshöhe von den britischen Linien. Ein britischer General ist mit türkischen Parlamentären zu Besprechungen zusammengekommen. Ferner hat der englische Oberkommissar Harrington dem Vertreter von Angora nahegelegt, daß es ratsam sei, die kemalistischen Truppen zum Rückzug zu veranlassen. Man hofft, daß die Türken sich auf friedfertigem Wege zur Zurücknahme ihrer Truppen hinter die neutrale Linie bewegen lassen.

Tschakanal liegt in der neutralen Zone auf der asiatischen Seite der Dardanellen. Tschakanal wird von englischen Truppen besetzt gehalten, und Lloyd George hatte Sonnabend durch die Londoner Presse ausdrücklich verkünden lassen, daß Tschakanal unter allen Umständen gehalten werden müsse.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, haben sich die Türken wieder zurückgezogen. Sie befinden sich also nicht mehr in der neutralen Zone in welche sie eingedrungen waren.

### Mytilene und Chios bombardiert.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Konstantinopel sollen kemalistische Flugzeuge die Inseln Mytilene und Chios bombardieren. Bekanntlich befinden sich die Reste der geschlagenen griechischen Armee auf diesen Inseln, wo ihre Demobilisierung durchgeführt werden soll.

Bei der Besetzung Smyrnas sind von den Türken 13 000 griechische Soldaten gefangen genommen worden. Die Eisenbahmlinie Angora—Asia—Kara Hisar und Smyrna ist wiederhergestellt.

### Amerika schützt den Abtransport der griechischen Flüchtlinge.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat erboten, den Abtransport der zurückgebliebenen haufenlosen Flüchtlinge aus Smyrna durch Torpedobootsgerüste schützen zu lassen, wenn Griechenland die Transportschiffe stelle. Die griechische Regierung hat das Anerbieten mit Dank angenommen.

## Der Parteitag in Nürnberg.

### Die Bildung der B. S. P. D.

Am Sonntag kamen die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien zu dem Einigungsparlament in Nürnberg zusammen, auf dem die von den Parteitagen in Augsburg und Gera bereits beschlossene Einigung der deutschen Sozialdemokratie festgestellt wurde.

Auf Vorschlag des Altersvorsitzenden Pfannkuch wurden Wels, bisher SPÖ, und Dittmann, bisher USPD, einstimmig zu Vorsitzenden des Parteitages gewählt. Als Referenten des Parteitages wurden Hermann Müller und Artur Crispin bestimmt. Hermann Müller, der bisherige Vorsitzende der SPÖ, befaßte die Frage, ob die Einigung von Dauer sei werde. Crispin, der bisherige Vorsitzende der Unabhängigen, betonte besonders die Bedeutung der Einigung der deutschen Sozialdemokratie für die Einigung der Sozialdemokratien aller Länder.

Wels brachte hierauf das von den beiden Par-

teien vereinigte Actionsprogramm für die beteiligte Partei zur Abstimmung, welche die einstimmige Annahme ergab. Einstimmig wurden auch die von beiden Parteien getroffenen organisatorischen Vereinbarungen angenommen. Ebenso fanden die Vorschläge für die Besetzung des Parteivorstandes und der übrigen Parteinstanzen die Billigung des Parteitages. Zu Parteivorsitzenden wurden einstimmig Hermann Müller, Crispin und Wels gewählt.

Im Namen der sozialdemokratischen Frauen berührte Frau Abgeordnete Zuchacz die Vereinigung. Im Namen der Gewerkschaften sprach Reichstagsabgeordneter Brandes, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, seine Freude über die nunmehr vollzogene Einigung aus.

Nach einer besonderen Begrüßung der ausländischen Vertreter sprachen von diesen zunächst Amon-England und Comptre-Morel-Frankreich; beide versicherten dem Parteitag einstimmig ein Manifest an, in dem die Grundlinien der Politik der Vereinigten Deutschen Sozialdemokratie festgelegt sind.

## Die Zuckerversorgung.

### Ein Kilogramm Zucker im Monat.

In einem Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates gaben Sachverständige einen Überblick über die Aussichten der Zuckerversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr. Danach hat die Anbauplätze für Zuckerrohr gegenüber dem vergangenen Jahre um 8½ Prozent zugenommen. Auf Grund des Ernterückgangs kann man annehmen, daß 30 bis 31 Millionen Rentner Rohzucker erzeugt werden können, was rund 28 Millionen Rentner Verbrauchsraum ergibt. Entspricht das tatsächlich dem Ergebnis dieser Schätzungen, dann stehen im nächsten Jahre etwa 50 Hunderttausend für den Kopf der Bevölkerung zur Verfügung, einschließlich des von der Industrie verarbeiteten Zuckers. Bei dieser Schätzung muß die Versorgung des Zuckerbedarfs der Bevölkerung möglich sein, wenn es gelingt, zu verhindern, daß der Zucker in so großem Maße anderen Verwendungszwecken zugeschafft wird, das nicht mehr genügend Mundzucker für die Bevölkerung übrig bleibt.

Um den Zuckerbedarf der Bevölkerung möglichst zu befriedigen, plant die Regierung folgende Maßnahmen: Der Verein der deutschen Zuckerindustrie hat die Mehrheit der Fabriken für Roh- und Verbrauchsraum in einer Zuckergewerkschaftsstelle zusammengefaßt zur Überwachung der Zuckergewerkschaft und Preisbildung und der Zuweisung von Zucker an die Industrie zur Weiterverarbeitung. Ein Verordnungsentwurf der Regierung unterstreicht anfangsweise alle Zuckergewerke dieser privatrechtlichen Organisation und ihrer Regelung. In der Zuckergewerkschaftsstelle selbst wird ein Reichskommissar zur Wahrnehmung der öffentlichen Interessen bestellt. Durch besondere Bestimmungen wird der Verbraucherstandpunkt im Betrieb zur Geltung gebracht. Der Reichsnährungsminister behält sich selbst vor, zu bestimmen, was an Zucker zur Herstellung von Schokolade, Süßigkeiten, Konfitüren, Marmelade, Kuhhonig, Branntwein usw. geliefert und verwendet werden darf. Die Verordnung sieht außerdem die Lieferung von einem Kilogramm Mundzucker im Monat auf den Kopf der Bevölkerung vor; die Verteilung wird den Ländern überlassen, denen auch das Recht eingeräumt wird, Zuckerabnahmepreise festzusetzen.

Der Ausschuß sprach sich mit allen Stimmen für die Durchführung des Zwangsabwicklungs aus.

## Politische Rundschau.

Berlin, 26. September 1922.

— Die in Stuttgart erscheinende „Mitteldeutsche Presse“ ist zum fünften Male, und zwar diesmal auf 3 Wochen, verboten worden.

— Eine Abordnung der Parteien des Saargebietes wird sich noch Genf begeben, um beim Völkerbund wegen der Ausweisung der beiden sozialdemokratischen Redakteure Lehmann und Rauch vorzeitig zu werden.

— Anstelle des bisherigen unabdingbaren Reichstagsabgeordneten Dittmann, der nach der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien seinen Posten als Vizepräsident des Reichstags niedergelegt muss und voraussichtlich ein Mitglied der demokratischen Fraktion ins Reichstagspräsidium gewählt werden.

— Die Parteileitung der Bayerischen Mittelpartei (Deutschationale Volkspartei in Bayern) erklärt, daß der bisherige Vorsitzende ihres Kreisvereins in München, Oberst o. Klyander, sich selbst außerhalb der Partei gestellt hat.

— Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft. In Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei wurde eine Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft gegründet, die bestrebt, das Verständnis für die völkischen Fragen in weitesten Kreisen zu vertiefen. Die Arbeitsgemeinschaft beachtigt, im vollen Einvernehmen mit der Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei zu arbeiten und dadurch der Stärkung der Gesamtpartei zu dienen. — Die Reichstagsabgeordneten Wulle und v. Graefe, die s. B. wegen des Falles Henning aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgetreten waren, haben sich neuerdings wieder zur Mitarbeit in der Partei und der Fraktion bereit erklärt, nachdem ihnen die Zusicherung gegeben worden ist, daß die zuständigen Landesverbände sich selbst des Falles Henning annehmen werden. Major a. D. Henning ist bekanntlich vor kurzem aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschlossen worden.

— Durchführung des Stinnes-Abkommens. Der Reichsverband der deutschen Mauerstein-, Ziegel- und Tonindustrie, welchem alle Landes- und Provinzialverbände der deutschen Ziegelindustrie ausnahmslos angegeschlossen sind, hat dieser Tage zu dem Stinnes-Abkommen Stellung genommen. Es wurde einstimmig beschlossen, sich an den Lieferungen für den Wiederaufbau in Frankreich zu beteiligen, und es wurden die Richtlinien für diese Beteiligung festgelegt.

— Die Reichswehr. Durch die Presse ging vor kurzem die Nachricht, daß neuerdings Entlassungen



